

12. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. März 1960

92/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Mark, Lackner, Holoubek und Genossen,  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Fortführung der Wiedergutmachungsgesetzgebung.

-.-.-.-.-

Am 22. Juli 1959 richteten die Abgeordneten Mark, Sebinger und Genossen nachstehende Anfragen an die Bundesregierung:

"Anfang 1958 wurde von der Bundesregierung ein Achterausschuss, bestehend aus parlamentarischen Vertretern der beiden Regierungsparteien, berufen, der sich mit der Vorbereitung jener Gesetze befassen sollte, die sich auf die Wiedergutmachung der in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus, des Krieges und der Nachkriegszeit entstandenen Schäden bezogen, insbesondere auch, soweit Ansprüche auf Grund des Staatsvertrages erwachsen waren. Dieser Ausschuss hat wertvolle Vorarbeiten geleistet, die auf einer Reihe von Gebieten zu befriedigenden Lösungen geführt haben. Seit Monaten sind diese Arbeiten eingestellt, und es ist vor allem bisher nicht möglich gewesen, die gesetzlichen Grundlagen zur Wiedergutmachung für die politisch Verfolgten zu schaffen. Die neue Bundesregierung hat als erste Amtshandlung die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel für die Opfer jener Zeit vorgenommen und damit ihrer Verbundenheit mit den Opfern des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich weithin sichtbar Ausdruck gegeben. Darüber hinaus ist es aber ebenso nötig, die diesem Personenkreis entstandenen Schäden nach 14 Jahren endlich wieder gutzumachen."

Auf Grund dieses Sachverhaltes wurde damals die Bundesregierung gefragt, ob sie bereit sei, die Fortführung der Verhandlungen über die Wiedergutmachungsprobleme im allgemeinen zu ermöglichen, und dem Hohen Hause in Kürze, möglichst in der Septembertagung einen Gesetzentwurf über die Wiedergutmachung für politisch Verfolgte vorzulegen.

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. März 1960

Acht Monate darnach hat die Bundesregierung auf diese noch nicht geantwortet. In wenigen Wochen feiert die Republik Österreich den 15. Jahrestag der Wiedererstehung der Republik nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft. Noch immer warten die Freiheitskämpfer und die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungsmassnahmen auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen auf Entschädigung. Anders, vom Nationalsozialismus unterdrückte Länder, aber auch die deutsche Bundesrepublik haben diese Entschädigungen bereits gewährt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem Hohen Haus durch Vorlage eines Gesetzentwurfes die Beschlussfassung der Entschädigungsgesetzgebung für von 1933 - 1945 politisch Verfolgte noch vor dem 15. Jahrestag der Befreiung Österreichs zu ermöglichen ?

---.---.---.---